

DIE UNABHÄNGIGE BERATERFIRMA SCI SETZT AUF RECHTZEITIGE ANALYSE UND NACHHALTIGE INNOVATIONEN

Hans Schenk löscht vor dem Feuer

Immer heißt es zuerst: Kosten sparen. Billiger produzieren. Stellen abbauen. Und bald werden rote Zahlen wieder schwarz. Das ist einfache, brotlose Kunst für einen Manager. Schwierig wird es, die Jobs zu erhalten, mittel- und langfristige Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Darin ist Hans Schenk Spezialist. Er löscht vor dem Feuer und betreut zurzeit rund 20 Firmen.

Der Tag in die Woche beginnt früh. Schon um drei Uhr nachts startet Hans Schenk im Küstenort Husum durch. Seine Agentur SCI Engineers GmbH im Hamburger Schanzenviertel gehört zu den anerkanntesten Wirtschaftsberatungsbüros in Deutschland. Er ist strikt unparteiisch, anders als McKinsey und Co, die gern Stellen streichen, auslagern oder ganze Standorte rasieren. Hans Schenk setzt dagegen auf nachhaltige, Beschäftigung sichernde Zukunftskonzepte.

In der Woche lebt der 55-jährige Ingenieur nur aus dem Koffer. Tagsüber werden Bilanzen gecheckt, Gespräche geführt, Prozesse moderiert. Abends im Hotel fertigt er die Analysen und erstellt Gutachten: »Es ist schade, dass wir erst gerufen werden, wenn es brennt.«

Hans Schenk ist mit seinen fünf Kollegen Spezialist für Umstrukturierungsprozesse und moderne Technologien. Schwerpunkt: Arbeitsorganisation,



Fotos: Ralf Orłowski (o.); Walter Schmidt/Novum (o)

Die Rettung naht: Feuerwehrmann Hans Schenk will die Insolvenz verhindern

Technologie und Gruppenarbeit. Er hat 1984 die Werftenkrise hautnah miterlebt, ab 1988 den Strukturwandel im Ruhrgebiet als Berater begleitet, als die ersten Beschäftigungsgesellschaften installiert wurden. Er moderierte von 1994 bis 2002 die Umstrukturierung der Daimler-Tochter Adtranz, später Bombardier. 200 Betriebe stehen auf der Referenzliste der letzten 20 Jahre. Rund 20 Betriebe betreut er pro Jahr im Norden, im Ruhrgebiet, in Bayern. Oft laufen die Projekte über Jahre.

So funkte 1996 die Dosenfabrik Crown in Seesen SOS. Das Werk mit 800 Beschäftigten schrieb 40 Millionen Mark Miese und sollte geschlossen werden. »In vier Jahren wurde unser Werk so produktiv, dass es mit den 170 Crown-Standorten weltweit mithalten konnte«, erinnert sich Betriebsratsvorsitzender Harry Lüs. Wie Schenk das schaffte? Mit der Einführung von Gruppenarbeit, modernen

Technologien und neuen Ideen. Schenk erarbeitete ein Zukunftskonzept, das die Jobs rettete: »Ich verstehe mich eher als Prozessmoderator zwischen Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft.«

Oder beim Optikkonzern Zeiss, der in seinem Göttinger Standort 2006 die 40-Stunden-Woche einführen wollte, weil er ein Produktivitätsproblem hatte. Gerd-Uwe Boguslawski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz: »Wir haben Herrn Schenk eingeschaltet, der eine Betriebsanalyse vorgenommen hat.« Aufgrund des Gutachtens des Beraters wurde eine Neustrukturierung durchgesetzt, mit einer Beschäftigungssicherung bis Sommer 2009.

Als der Konzern im Juni 2009 1300 Beschäftigte entlassen und Werke schließen wollte, war der Göttinger Standort am wenigsten gefährdet, sondern eher stabil.

Hans Schenk: »Nur wenn die Betriebsparteien gemeinsam bereit sind, über neue Konzepte, moderne Produkte und Qualifizierung nachzudenken, kann das Ergebnis zukunftsfähig sein.« ■

TASK FORCE DER IG METALL

Alternativen zum Stellenabbau: Um in Krisenunternehmen gemeinsam mit den Beschäftigten Alternativen zum Stellenabbau zu entwickeln, hat die IG Metall die Task Force »Krisenintervention« eingerichtet. Bundesweit stehen über 100 Experten zur Verfügung.

Der Notfall: Der Betriebsrat tritt an die örtliche IG Metall heran. Die prüft die Bedingungen.

Früherkennung und Innovation: Die IG Metall bietet dazu ein Diagnoseinstrument, um die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens zu beurteilen, Strategieworkshops und praxisnahe Hilfen für Betriebsräte.

THOMAS MÜLLER ÜBER DAS NEUE BERATUNGSANGEBOT DER IG METALL



Thomas Müller (50), ist in der Bezirksleitung unter anderem zuständig für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

metallzeitung: Was bedeutet denn eigentlich Task Force?

Müller: Eigentlich so etwas wie eine Eingreiftruppe für Notfälle. Wir versuchen damit, unsere Beratungskompetenz für solche Situationen stärker zu bündeln.

metallzeitung: Wer kann da Hilfe in Anspruch nehmen?

Müller: Vor allem Betriebsräte aus klein- und mittelständischen

Betrieben. Wir bieten ein Beraternetzwerk mit Spezialisten aus dem Arbeitsrecht, der Betriebs- und Personalwirtschaft.

metallzeitung: Was umfasst die Beratung und wer zahlt das?

Müller: Wir machen zuerst eine betriebswirtschaftliche Analyse, dann checken unsere Experten alle Optionen unter der Prämisse, wie können Arbeitsplätze nachhaltig gesichert werden. Das dauert drei bis fünf Tage. Wir suchen Alternativen zu Sparkonzepten und Billigstrategien. In der Regel trägt das Unternehmen die Kosten. In Ausnahmefällen gibt es Mittel etwa von der EU.

Keine Entlassungen in Sachsen-Anhalt

Auf einer Betriebsrätekonferenz mit knapp 120 Teilnehmern am 2. September in Magdeburg wurde mit hochrangigen Experten und führenden Politikern über die Krise diskutiert.

Ist nach dem real existierenden Sozialismus nun auch der neoliberale Kapitalismus gescheitert? Diese und andere Fragen diskutierten in Magdeburg 116 Betriebsräte der IG Metall mit hochrangigen Experten und führenden Politikern des Landes.

So stellte IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine fest, dass auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer »die gigantische Deindustrialisierung« nach der Wiedervereinigung für viele Menschen immer noch spürbar sei. Trotz verfehlter Industriepolitik habe die aktuelle Krise heute aber weniger Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt als im Süden der Republik.

Meine: »In unserem Organisationsbereich in Sach-

sen-Anhalt arbeiten rund 6000 Beschäftigte in 55 Betrieben kurz. Das ist im Vergleich mit westlichen Bundesländern wenig und ist auf die niedrige Exportquote zurückzuführen.«

Meine forderte die Unternehmen auf, 2009 und 2010 keine Entlassungen vorzunehmen und vor allem Azubis einzustellen und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. ■



Die IG Metall fordert Antworten: (von links): Hartmut Meine, Undine Kurth (Bündnis90/Die Grünen), Wulf Gallert (Die Linke), Thomas Müller (IG Metall), Cornelia Pieper (FDP), Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU).

Christian Wulff soll sich öffentlich entschuldigen

In einer Wutrede griff der Ministerpräsident alle freigestellten Betriebsräte und Gewerkschafter an.

Eberhard Brandt gilt als einer der größten Kritiker von Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann. Die CDU-Ministerin ist selbst innerhalb der CDU umstritten. Ihr wird vorgeworfen, »für das ganze Chaos der Schulpolitik« in Niedersachsen verantwortlich zu sein, sagte die Grüne Ina Korter.

Umso überraschter war Eberhard Brandt, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW, als er eines montags im Mai morgens im Wochenmagazin »Focus« blätterte: Dort stand, dass das Kultusministerium in Hannover ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet hätte. Der Vorwurf: Brandt sei eine Art »Schulschwänzer«. Er sei seiner Unterrichtsverpflichtung als Gesamtschullehrer in Wolfsburg nicht nachgekommen.



Entschuldigung vom Ministerpräsidenten verlangt: Christian Wulff, 50, und Eberhard Brandt, 58.

Nun war der Gewerkschafter als Personalrat vom Unterricht teilweise freigestellt, mal mehr, mal weniger. Umso erstaunlicher war, dass das »Diszi«, so wurde in der Schulbehörde geraunt, auf Anweisung aus dem Kulturministerium gekommen sei.

Vier Monate lang wurde Brandt als »Schulschwänzer« in den Medien diffamiert. Jetzt soll das »Diszi« eingestellt werden, weil die Vorwürfe unhaltbar seien.

Doch Ende August setzte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff noch einen drauf. In einer »Wutrede« (Hannoversche Allgemeine) im Land-

tag griff er den GEW-Landeschef direkt an: »Wir lassen uns nicht von jemanden, der selbst keine einzige Stunde Unterricht erteilt, vorwerfen, dass nicht alles getan würde, den Unterricht in Niedersachsen zu sichern.«

Übersetzt heißt das, jeder freigestellte Gewerkschafter, ob Betriebsrat oder hauptamtlich, schwänze die Arbeit und sei nicht kompetent und legitimiert, über die Arbeit zu diskutieren. Der Aufschrei ging durch das Land, der DGB und alle Bezirksleiter der Einzelgewerkschaften forderten in einem Brief von Wulff eine öffentliche Entschuldigung.

IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine: »Wir sind fassungslos, der Angriff ist völlig unhaltbar und eine böswillige Attacke nicht nur gegen den Kritiker Brandt, sondern auch gegen alle freigestellten Betriebsräte.« ■

IN KÜRZE

■ **Personalwechsel:** Seit 15. September wechselte Thorsten Ohst, 40, von der Bezirksleitung in die Verwaltungsstelle Wolfsburg der IG Metall. Der Braunschweiger Ohst, der am 1. Mai 2001 in Hannover begann, wird sich in Wolfsburg um VW und die VW-Töchter Wolfsburg AG und AutoVision kümmern. Seine bisherigen Aufgaben werden von Wilfried Hartmann (Kfz-Handwerk und andere Handwerksbranchen), Thilo Reusch und Carsten Maaß (Feinstblech) und Conny Schönhardt (Textil und Bekleidung) übernommen.



■ **5000 in Frankfurt:** Über 5000 Metaller aus dem Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben sich am 5. September an der Protestveranstaltung der IG Metall in Frankfurt am Main beteiligt.

■ **Aufruf gegen Atomkraft:** »Gorleben, Asse und Schacht Konrad sind genug«, lautet die Botschaft einer Kampagne gegen Atomkraft, die von sechs niedersächsischen Gewerkschaftern und Politikern gestartet wurde, darunter IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine. Obwohl Experten nachgewiesen haben, dass Gorleben, Asse und Schacht Konrad ungeeignet sind, hält Ministerpräsident Christian Wulff immer noch an den Lagerstätten fest. Hartmut Meine: »Die Atomenergie ist eine rückwärtsgewandte und veraltete Technologie. Wir wollen hier nicht länger das Atomklo der Republik sein.« Der Aufruf steht auf der Homepage des Bezirks.



IMPRESSUM

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Postkamp 12, 30159 Hannover, Telefon 0511-16 40 60, Fax 0511-16 40 650, Internet: igmetall-niedersachsen-anhalt.de, E-Mail: Norbert.Kandel@igmetall.de
Verantwortlich: Hartmut Meine, Redaktion: Norbert Kandel

BETRIEBSRÄTE RINGEN BEI BOSCH IN GÖTTINGEN UM ERA-EINGRUPPIERUNGEN

194 Streitfälle gehen in die Schlichtung

Seit 1. November 2008 ist der Entgelt-Rahmentarifvertrag (Era) im Bosch Werk Göttingen in Kraft. Die Verhandlungen über die neuen Eingruppierungen nehmen kein Ende. 194 Fälle sollen jetzt in die tarifliche Schlichtung gehen. Die IG Metall vermutet eine Strategie hinter der Blockade-Haltung des Arbeitgebers.

»Die Unternehmenspolitik des Weltkonzerns Bosch kann nicht widersprüchlicher sein«, sagt Betriebsratsvorsitzender Rainer Bleckmann, 58. Trotz der Krise verzichtet der Konzern auf betriebsbedingte Entlassungen, um das Know-how zu halten. Mit Kurzarbeit und dem Tarifvertrag Beschäftigungssicherung schützt man die Beschäftigten vor der Arbeitslosigkeit. Bosch bezuschusst sogar die Kurzarbeit, so dass das Einkommen der Betroffenen nicht unter 80,5 Prozent sinken kann.

Internes Süppchen. Doch bei der Era-Eingruppierung der 650 Beschäftigten wird »kleinkrämerisch ein internes Süppchen gekocht«. Seit zweieinhalb Jahren ringen die Betriebsräte mit dem Arbeitgeber. Betriebsrat Bernd Lehr, 51: »Wir haben bis heute keine Richtbeispiele wie es Era vorsieht.« »Die Eingruppierungen hat der Arbeitgeber einseitig vorgenommen«, erläutert Betriebsrätin Elke Boguslawski, 55, »Dabei haben wir darauf geachtet, dass die Era-Einführung kostenneutral erfolgt.«

Das Resultat waren 500 Zustimmungsverweigerungen durch den Betriebsrat im Boschwerk Göttingen. In mühevollen Gesprächen hat sich der Betriebsrat in der paritätischen Kommission immer wieder auf den Arbeitgeber zu bewegt. »Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht«, betont die freigestellte Betriebsrätin. 194 Fälle gehen jetzt in die tarifliche Schlichtung.

»Es geht bei einigen Kolleginnen und Kollegen um Differenzen zwischen drei und vier Entgeltgruppen«, berichtet Martin Aschemann, 55, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. So können sich die Betriebsparteien über die Eingruppierung der Teamleiter in der Produktion nicht eini-



Betriebsbetreuerin Marita Weber mit den Interessenvertretern Bernd Lehr, Elke Boguslawski und Martin Aschemann: »Wir haben uns in vielen Fällen auf den Arbeitgeber zubewegt, jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht.«

gen. Sie übernehmen einen großen Teil der Meistertätigkeiten. Boguslawski: »Wir reden hier über Entgelt-Differenzen von monatlich rund 360 Euro.«

Auch die Betriebshandwerker sind nach Ansicht der Betriebsräte nicht korrekt eingruppiert.

Lehr: »Unsere Elektriker und Schlosser haben ein breites betriebsspezifisches Wissen. Die Betriebs-Service-Mitarbeiter müssen Maschinen reparieren, Anlagen umbauen und teilweise neu konstruieren. Das muss bezahlt werden.« Boguslawski: »Auch bei

FIRMENPROFIL

Bosch-Werk Göttingen

- Beschäftigte: 650 (26 Azubis)
- Produkte: Starter für Nutzkraftwagen ab 3,5 Tonnen.
- Seit 1987 Serieninstandsetzung von Lichtmaschinen, Anlassern, Zündverteilern und Bremsen für alle Pkw-Typen. Instandsetzung von Luftmengen- und Luftmassenmessern.
- Das Werk wandelt sich vom Erstausrüster zum Recyclingwerk für alle Pkw-Typen. Altteile werden demontiert, geprüft und ergänzt. Sie gehen dann mit dem Status »Neu« als so genannte Austauschteile wieder in den Kfz-Teile-Handel.

den einfachen Tätigkeiten will der Arbeitgeber die flexible Einsetzbarkeit an verschiedenen Maschinen nicht honorieren.«

Nicht nachvollziehbar. »Ich habe den Eindruck, dass hier ausschließlich die Interessen des baden-württembergischen Mutterkonzerns durchgesetzt werden sollen«, meint Betriebsbetreuerin Marita Weber, 51. »Es fehlt insgesamt an Transparenz im Konzern.« Im Zuge der Verhandlungen wird ein weiteres Problem noch deutlicher. Die Einkommensbestandteile in den Monatsabrechnungen seien nicht klar nachvollziehbar. Weber: »Wenn pro Abrechnung nur ein Euro fehlt, spart der Konzern bei 130 000 Beschäftigten hunderttausende Euro ein.« ■

Unverantwortlich gegenüber den Bosch-Beschäftigten



»Ich habe immer gedacht, dass in Verhandlungen die Zielsetzung ist, dass sich die Verhandlungspartner aufeinander zu bewegen. Doch die Arbeitgebervertreter bewegen sich nicht einen Millimeter. Es scheint, dass zum einen die Entscheidungskompetenz der örtlichen Bosch-Verantwortlichen fehlt, zum anderen, dass der Bosch-Konzern mit aller Macht eine bundesweit einheitliche Eingruppierung aller Berufsgruppen anstrebt, ohne dabei die tarifgebietspezifischen und betrieblichen Besonderheiten zu berücksichtigen. Dass dabei die Wertschätzung der Beschäftigten und deren Arbeitsleistungen auf der Strecke bleiben, scheint das Management billigend in Kauf zu nehmen. Wir haben nach dem Scheitern des letzten Gesprächs am 25. August in der paritätischen Kommission unter Hinzuziehung der Tarifvertragsparteien die tarifliche Schlichtungsstelle angerufen, um endlich für 194 Streitfälle eine Entscheidung zu erzielen. Wir können die Menschen schließlich nicht noch länger warten lassen, bis ihre Arbeit leistungsgerecht bezahlt wird.«

Marita Weber, IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz

IMPRESSUM

IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz, Teichstraße 9-11, 37154 Northeim, Telefon 05551-98870-0, Fax 05551-98870-50, Redaktion: Martina Ditzell (verantwortlich)

BEI BOSCH IN HILDESHEIM WIRD MIT ARBEITSZEITREDUZIERUNG UND KURZARBEIT DIE KRISE ÜBERBRÜCKT

Bosch bezuschusst das Kurzarbeitergeld

Bosch-Betriebsräte wollen betriebsbedingte Kündigungen in der Krise verhindern. Sie nutzen dabei zusätzliche Regelungen für ältere Beschäftigte, Qualifizierung und Kurzarbeit. Eine ergänzende Betriebsvereinbarung »Zuschuss zum Kurzarbeitergeld« verhindert, dass die Nettoeinkommen unter 80,5 Prozent sinken.



Vertrauenskörperleiter Burkhard Schwetje: »Wir können unsere Probleme nur gemeinsam lösen.«

»Wir haben die vereinbarte zweite Stufe der Tarifierhöhung nicht verschoben«, berichtet Vertrau-

enskörperleiter Burkhard Schwetje (53). »Das wurde in einer Mitgliederversammlung beschlos-

sen.« Die rund 1700 Beschäftigten im Bosch-Werk Hildesheim bekommen seit Mai 2,1 Prozent mehr Geld. Schwetje: »Der Ausgleich war auch wichtig, schließlich haben wir für die Beschäftigungssicherung in der Vergangenheit auf Teile des Weihnachtsgelds, Zuschüsse und Erfolgsprämien verzichtet.« Zudem fährt der Konzern ein strenges Kostensenkungsprogramm, um den Umsatzverlust zu kompensieren. Der Automobilzulieferer ist von der Krise gezeichnet.

Krise überbrücken. Im Werk Hildesheim werden unter anderem Starter, elektrische Lenkantriebe und Generatoren produziert. Hildesheim ist im Konzern das Leitwerk für Hybridantriebe. Schwetje: »Wir müssen die Krise überbrücken und die Mannschaft qualifizieren.«

Rund 50 Mitarbeiter aus der Fertigung werden zum Beispiel über das von der Arbeitsagentur geförderte Programm WeGebAU (Weiterbildung für Geringqualifizierte und älterer Beschäftigter im Unternehmen) geschult. Sie besuchen Kurse über Computertechnik, Pneumatik, Mechanik und CNC-Programmierung.

In der Fertigung gibt es zurzeit ein Auslastungsproblem von 30 Prozent. Die Kapazitätsanpassung wird über die erweiterte Kurzarbeit ausgeglichen. Zusätzlich hat der Gesamtbetriebsrat mit dem Konzern eine Betriebsvereinbarung »Zuschuss zum Kurzarbeitergeld« vereinbart, die auch in Hildesheim gültig ist. Die Einkommen können so während der Kurzarbeit nicht unter 80,5 Prozent sinken. Das heißt: Die betroffenen Beschäftigten erhalten ihr gekürztes Nettoeinkommen plus Kurzarbeitergeld und einem betrieblichen Zuschuss. Der Zuschuss staffelt sich prozentual zum Arbeitsausfall.

Verantwortungsbewusst

»Die Betriebsräte und das Management bei der Robert Bosch GmbH nutzen die Möglichkeiten, Entlassungen in der Krise zu verhindern. Mit der Betriebsvereinbarung »Zuschuss zum Kurzarbeitergeld« belegen sie, dass ein Unternehmen auch in schwierigen Zeiten verantwortungsbewusst mit seinen Beschäftigten umgehen kann.«

Herbert Scheibe
Erster Bevollmächtigter



Zusätzlich wenden die Hildesheimer den niedersächsischen Tarifvertrag »Beschäftigungssicherung« für Bereiche ohne Kurzarbeit an. Zurzeit arbeiten alle Mitarbeiter in diesen Bereichen mit 35-Stunden-Verträgen 32,5 Stunden die Woche und mit 40-Stunden-Verträgen (18 Prozent der Belegschaft) 37,5 Stunden die Woche.

Außerdem wurde ein Modell für ältere Beschäftigte ausgehandelt, das einen vorzeitigen Ausstieg finanzierbar macht.

Schwetje: »Wie es weitergeht, weiß niemand. Aber wir können die Probleme nur gemeinsam lösen.« Deshalb sprechen die Vertrauensleute auch immer wieder Beschäftigte an, die nicht in der IG Metall sind. Und das mit Erfolg: Seit Mitte 2007 sind 180 Neumitglieder hinzukommen. ■

200 Teilnehmer bei IG Metall-Demo

Politikwechsel beim Aktionstag in Alfeld am 28. August gefordert.



Demozug zum Alfelder Marktplatz: »Den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen.«

Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Firmen Alcoa, Bosch, Graaff, Fagus Grecon, Gea Ecoflex, Grecon Dimter, Haworth, Künkel Wagner, Rexnord Stephan, Stüken, Wabco und Wilkhahn sind den letzten Freitag im August von der Firma Grecon über die Leinebrücke durch

die Alfelder-Innenstadt zum Marktplatz gegangen, um an der Kundgebung der IG Metall teilzunehmen. Im Rahmen der bundesweiten IG Metall-Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« haben sie für eine Politik mit und für die Menschen demonstriert. ■

IMPRESSUM

IG Metall
Alfeld-Hamel-Hildesheim,
Kastanienwall 52, 31785 Hameln, Telefon: 05151-93668-0;
Regionalbüros: Alfeld, Telefon: 05181-84610; Hildesheim, Telefon: 05121-7695-0. Redaktion: Herbert Scheibe; Uwe Mebs (verantwortlich)

IN KÜRZE

Mitteilung an alle Rentnerinnen und Rentner:

■ Beitragsanpassung 2009

Nach Erhöhung der Rentenbezüge ab 1. Juli 2009 um zwei Prozent, werden wir gemäß des Vorstandsbeschlusses die Mitgliedsbeiträge der Rentnerinnen und Rentner ebenfalls um zwei Prozent ab Oktober 2009 (Abbuchung Dezember 2009) erhöhen.



Antikriegstag 1. September 2009

■ **Veranstaltung zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen: »Die Namen der Unbekannten«** Erstmals wurden die Namen von über hundert ermordeten Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen von Schülerinnen und Schülern der Heinrich-Heine-Schule und des St. Ursula-Gymnasiums am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer verlesen.

IMPRESSUM

IG Metall Hannover, Postkamp 12, 30159 Hannover, Telefon 05 11-1 24 02-0, E-Mail: hannover@igmetall.de, Internet: www.hannover.igmetall.de
Redaktion: Reinhard Schwitzer (verantwortlich), Ulrich Fitzner

BEI KRAUSS MAFFEI BERSTORFF UND WABCO SOLLEN ARBEITSPLÄTZE ABGEBAUT WERDEN

Für den Erhalt der Arbeitsplätze

Die Betriebsräte bei Krauss Maffei Berstorff und bei WABCO kämpfen mit den Vertrauensleuten seit Wochen, um Entlassungen zu verhindern.

Bei KM Berstorff prognostiziert die Geschäftsleitung, es wären 65 Beschäftigte zu viel an Bord. Seit Juni reden die Manager bei WABCO über rund 300 betroffene Beschäftigte.

In beiden Firmen könnte die Kurzarbeit verlängert werden, um die »Durststrecke« zu über-

winden. Nur das Management will schnelle Entscheidungen und damit Entlassungen. Bei KM Berstorff hat die Geschäftsleitung die tarifliche Schlichtung angerufen und wollte sich wohl vom Vorsitzenden der Schlichtungsstelle schnell grünes Licht für Entlassungen geben lassen. Weit gefehlt. Und auch bei WABCO sind die Prognosezahlen der zu Entlassenen nicht mit Daten und Fakten zu belegen. Jetzt geht es erst einmal darum, den Kollegin-

nen und Kollegen ein Angebot zu unterbreiten, die »freiwillig« mit Geld das Unternehmen verlassen wollen und können. Bei KM Berstorff sollen Beschäftigte in eine Transfergesellschaft wechseln.

Bei WABCO steigen zur Zeit die Auftragseingänge wieder an. Was sagen nun die Prognosen der WABCO-Manager?

Es gilt aber weiterhin unser gemeinsames Ziel: Erhalt der Arbeitsplätze in beiden Betrieben. ■

Mit der IG Metall auf Motorradtour

Am 23. August startete mit 47 Teilnehmern die im siebten Jahr schon traditionelle IG Metall-Motorradtour.

Nach Empfang der Frühstückstüte ging es vom Treffpunkt Parkplatz Johnson Controls (Varta) bei idealem »Motorradwetter«

über den Ith, durch den Solling, Richtung Beverungen. Besonderes Lob gebührt der IG Metall Bildungsstätte

Werner-Bock-Schule

für die Gastfreundschaft und das gute Mittagessen. Die Rückfahrt erfolgte durchs Weserbergland



und für einige Unverdrossene über den Kötterberg. Bilanz des Tages: Es hat mal wieder allen viel Spaß gemacht.

SPENDEN



■ IG Metall spendet 4142 Euro an vier soziale Einrichtungen

Am Montag, dem 17. August 2009, übergab Ulrich Fitzner von der IG Metall-Verwaltungsstelle Hannover im Auftrag des Ortsvorstands der IG Metall Hannover im Rahmen der bundesweiten IG Metall-Kampagne »Gutes Leben« vier Schecks zu je 1.035,50 Euro an die Vertreter folgender Organisationen:

Deutscher Kinderschutzbund, Asphalt Hannover, Die Tafel Barsinghausen, BBS ME Otto Brenner Schule Hannover.

Alle Anwesenden betonten, dass die Spenden zur Unterstützung geplanter Projekte hochwillkommen sind.

Traditions-Autohaus vor der Schließung

220 Beschäftigte sollen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Bereits seit geraumer Zeit gibt es in Hannover die Gerüchte, dass im Händlernetz von Volkswagen etwas passieren wird. Deshalb kommt es nicht ganz überraschend, dass diese Veränderungen nun eintreten. Die Vehemenz und durch das überfallartige Handeln der Gebrüder Stiethenroth mit der Schließung von drei ihrer acht Autohäuser des Autoring Hannover kommt die Flur-

bereinigung nicht unerwartet. Am 13. August 2009 wurde den Beschäftigten der Autohäuser Petermax Müller in Laatzen, des AH Isernhagen und des AH Haacke, Burgdorf, mitgeteilt, dass am 31. Dezember 2009 die Betriebe geschlossen werden. Insgesamt stehen 220 Beschäftigte vor einer nicht gesicherten Zukunft. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Petermax Müller

Siegfried Grams äußerte sich am Rande der ersten Sozialplanverhandlungen für die rund 100 Beschäftigten: »Die Kolleginnen und Kollegen sind einerseits sehr traurig, aber andererseits auch sehr wütend. Der Name Petermax Müller hat einen guten Ruf in Hannover.« Über den Ausgang der Sozialplanverhandlungen werden wir in den nächsten Ausgaben berichten.

NETZWERKE DER IG METALL BIETEN BESCHÄFTIGTEN EINEN ENORMEM WISSENSVORSPRUNG

Angestelltenprojekte in den Betrieben

Die IG Metall Nienburg-Stadthagen bietet Beschäftigten aus dem Marketing, Vertrieb, Engineering sowie der Informationstechnologie eine neue Plattform. Bei regelmäßigen Treffen im Gewerkschaftshaus wird Wissen ausgetauscht. Themen sind zum Beispiel mehr Qualifikation, Modelle zum Stressabbau oder moderne Arbeitszeitregelungen. Sabrina Hillebrand von der IG Metall initiiert das Netzwerk.

metallzeitung: Was willst Du mit dem Netzwerk erreichen?

Sabrina Hillebrand: Die IG Metall bietet allen Mitgliedern ein interessantes Angebot aus Informationen, Seminaren, Veranstaltungen und Service wie etwa eine kompetente und kostenlose Rechtsberatung. Bei der Informationsvermittlung bilden wir Schwerpunkte nach Branchen und Berufsgruppen, um den jeweiligen Beschäftigten ein breites und tiefes Wissen zu vermitteln. Bei meinen Betriebsbesuchen habe ich festgestellt, dass wir immer noch ein Informationsdefizit über unser vielfältiges Angebot bei einigen Berufsgruppen haben. Diese Lücke will ich gemeinsam mit den betrieblichen Interessenvertretern schließen.

metallzeitung: Kann es daran liegen, dass viele Beschäftigte aus dem ehemaligen Angestelltenbereich noch Vorurteile gegenüber der IG Metall haben?



Sabrina Hillebrand, 30: »Je mehr ein Arbeitnehmer weiß, desto besser kann er sich positionieren.«

Hillebrand: Sicherlich gibt es noch Menschen, die die IG Metall nur über rote Fahnen und Trillerpfeifen definieren. Ich denke, das Hauptproblem ist ein anderes. Die Zielgruppen in vielen Betrie-

ben werden noch nicht ausreichend angesprochen. Deshalb müssen wir zuerst die Betriebsräte und Vertrauensleute sensibilisieren, zielgruppenspezifisch zu informieren.

metallzeitung: Wie soll das funktionieren?

Hillebrand: Wir bauen jetzt innerhalb der IG Metall Nienburg-Stadthagen ein Netzwerk auf. Parallel initiieren wir betriebliche Projekte mit den Vertrauensleuten wie bei Faurecia, ZF und in kleineren Betrieben. Wir wollen über Infoblätter und Gespräche das Angebot der IG Metall und die Arbeit der Interessenvertretung vorstellen.

metallzeitung: Warum sollten Beschäftigte zuhören?

Hillebrand: Je mehr ich als Arbeitnehmer weiß, desto besser kann ich mich schützen und mich im Unternehmen etwa bei Zielgesprächen positionieren. Gemeinsam erreicht man noch mehr. ■

INFOANGEBOTE

I-Connection

Miteinander reden, zusammen lernen und neue Perspektiven entwickeln – das ist »i-connection«.

Im Netzwerk i-connection treffen sich Beschäftigte, Vertrauensleute und Betriebsräte aus IT- und Engineering-Betrieben und Bereichen sowie alle, die sich über die Arbeit darin informieren möchten. Die Mitglieder des Netzwerkes sind Profis in ihrem Job und wollen es auch bleiben – fachlich, gesund und mit gesichertem Einkommen.

Virtuell sind alle Themen jederzeit für alle offen. Dreimal im Jahr treffen sich die Mitglieder des Netzwerkes. Im Zentrum der Treffen stehen Qualifikation, Qualifizierung und der Austausch über Arbeitsbedingungen. Dabei profitieren die Netzwerkenden sowohl von Fachreferaten der IG Metall als auch vom Austausch untereinander

- www.i-connection.de
- www.igmetall-itk.de
- www.engineering-igmetall.de

Netzwerke

Sabrina Hillebrand informiert über lokale und bundesweite Netzwerke, Internetseiten und Informationsmaterial.

► sabrina.hillebrand@igmetall.de

Gemeinsam ist man stärker und erreicht mehr

Gabi Merchel, 42, arbeitet bei Faurecia im Prototypenbau und sie ist Betriebsrätin.



metallzeitung: Du arbeitest als Arbeitsvorbereiterin und bist Betriebsrätin. Passt das zusammen?

Gabi Merchel: Natürlich passt das zusammen. Wenn ich meine Arbeitsbedingungen mitgestalten möchte, muss ich mich engagie-

ren. Gemeinsam kann ich doch mehr erreichen, als wenn ich alleine zum Vorgesetzten gehe. Das Kräfteverhältnis würde doch ohne Gewerkschaft eindeutig zu Gunsten des Arbeitgebers ausfallen. Zudem schließt die IG Metall Tarifverträge ab, die zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen als die gesetzlichen Regelungen und transparente Entgeltstrukturen sicherstellen. Das ist auch eine gute Grundlage für jeden einzelnen, seine Interessen zu vertreten.

metallzeitung: Oft werden Gewerkschaften als Blockierer und Karrierehemmer verpöht.

Gabi Merchel: Das stimmt so nicht. Wir haben bei Faurecia in mühe-

vollen Verhandlungen zum Beispiel ein modernes Arbeitszeitsystem in der Zentrale durchgesetzt. Seitdem werden die Mehrarbeitsstunden endlich vernünftig erfasst und bezahlt. Wir setzen uns für Qualifizierung ein und versuchen, Arbeitsplätze auch in der Krise zu erhalten.

metallzeitung: Wie vermittelt ihr eure Betriebsratsarbeit?

Gabi Merchel: Wie informieren über Betriebsversammlungen, Flugblätter, Intranet und seit neuestem über eine Zeitung der Vertrauensleute. Doch wir müssen noch besser werden. Deshalb haben wir ein betriebliches Projekt gestartet.

IMPRESSUM

IG Metall Nienburg-Stadthagen, Probsthägerstraße 4, 31655 Stadthagen, Telefon 05721-97440 und Mühlenstraße 14, 31582 Nienburg, Telefon 05021-9600-0. Redaktion: Uwe Christensen (verantwortlich)

TERMINE

- **8. Oktober, 15 Uhr**
Erwerbslosentreffen,
Gewerkschaftshaus Osnabrück
- **21. Oktober, 18 Uhr**
Ortsjugendausschuss,
Gewerkschaftshaus, Osnabrück

AZUBI-CUP 2009



- **Freitag, 16. Oktober im**
Fußball Center Osnabrück
Am Wulfer Turm 6
Osnabrück-Sutthausen

Für alle Azubis:
Spielbeginn ist 15 Uhr
Anmeldung bei der JAV oder dem
Betriebsrat und schon seid ihr
mit dabei.
Meldeschluss ist der 7. Oktober
Weitere Infos und Anmeldeun-
terlagen sind in der Verwal-
tungsstelle unter Telefon
0541-33838-0 erhältlich.

FRAGEBOGEN

Gemeinsam für ein Gutes Leben

An der Fragebogenaktion »Gemeinsam für ein Gutes Leben« beteiligten sich in Osnabrück über 2000 Kolleginnen und Kollegen. Der Ortsvorstand wird eine Spende in Höhe von 2035 Euro an den Verein »Kinder in Not e.V.« für sozial benachteiligte Kinder überreichen.

IMPRESSUM

IG Metall Osnabrück
August-Bebel-Platz 1
49074 Osnabrück
Telefon 05 41 - 33 83 8-0
osnabrueck@igmetall.de
www.osnabrueck.igmetall.de
Redaktion: Hartmut Riemann
(verantwortlich), Marita Bengsch

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN

Aktionstag in Frankfurt

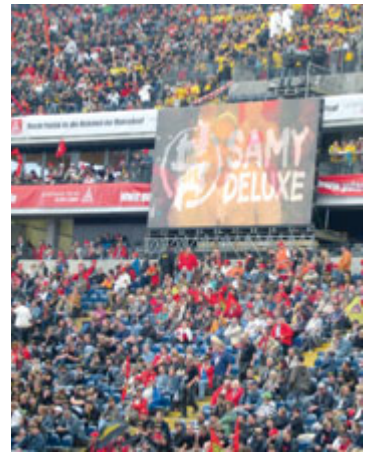
Die Redner auf dem Aktionstag am 5. September in Frankfurt am Main machten deutlich, dass die Verursacher der Krise am 27. September nicht als Gewinner dastehen dürfen.

Ein Ziel dieser wohl größten Wahlveranstaltung in Deutschland war, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ih-

rem Wahlrechtgebrauch machen. Neben dem politischen Programm sorgte auch das Kulturprogramm mit Samy Deluxe und Bob Geldof für gute Stimmung.

Fotos, Filme und Berichterstattung rund um den Aktionstag findet ihr unter:

► www.gutes-leben.de/kampagne/arena/



Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

Die Delegiertenversammlung tagte am 7. September.



Rainer Spiering, SPD, Manfred Brauner, Die Linke, Dorothea Steiner, Bündnis 90/Die Grünen, Carl-Ludwig Thiele, FDP, Dr. Mathias Middelberg, CDU.

Im Rahmen der Delegiertenversammlung gab es eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl. Alle Teilnehmer waren sich bei einem Thema einig: Am 27. September vom Wahlrecht Gebrauch machen, ist eine demokratische Pflicht. Peter Spiekermann, Zweiter Bevollmächtigter, moderierte die Diskussion und stellte jeweils vorab die Positio-



nen der IG Metall zu den einzelnen Themen vor. Kontrovers wurden vor allem die Themen Rente mit 67, Leiharbeit und Mindestlohn diskutiert.

WER NICHT WÄHLT, WÄHLT VERKEHRT

Am 27. September ist Wahl: Geht alle wählen

Sicherlich ist es frustrierend mit anzusehen, dass Politik immer wieder gegen die Interessen der Beschäftigten gemacht wird. Aber die Parteien interessiert nicht die Wahlbeteiligung, sondern die Prozente, die sie selber bekommen. Von daher nutzt Wahlenthaltung gar nichts – sondern bestätigt sie nur in ihrer bisherigen Politik.

Wir haben daher als IG Metall Salzgitter-Peine unsere Forderungen in dem Aufruf »Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« formuliert, den mehr als 12 000 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben haben. Mit den Forderungen des Aufrufs haben wir Ende Juni unsere örtlichen Bundestagskandidaten und die Kandidatin in Peine und Salzgitter konfrontiert und gefragt, ob sie die Forderungen unterstützen und wie sie sich dazu stellen.

Antworten auf Fragen. Bis zum Redaktionsschluss am 3. September lagen uns von zehn Kandidaten neun Antworten vor, die sich zum Teil sehr ausführlich mit unseren inhaltlichen Positionen auseinandergesetzt haben. Hermann Fleischer und Jürgen Eggers von der LINKEN hatten unseren Aufruf schon vorher unterschrieben und sogar selbst Unterschriften dafür gesammelt. Beide gehen noch einmal auf die einzelnen Forderungen ein und stellen dabei die Abschaffung der Rente ab 67, die Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in den Mittelpunkt notwendiger Maßnahmen. Aber auch die Beteiligung großer Ver-

mögen an der Bewältigung der Kosten der Krise und eine Demokratisierung der Wirtschaft bis hin zur Verstaatlichung privater Banken gehört dazu.

Auch Rolf Bräuer vom Bündnis 90/Die Grünen aus Peine hat uns mitgeteilt, dass er unseren Aufruf voll und ganz unterstützen kann. Ihm fehlt jedoch bei unseren Forderungen die strategische Ausrichtung auf einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Hier liegt aus seiner Sicht der Schlüssel zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Schaffung von neuen qualifizierten Arbeitsplätzen, der endlich die Massenarbeitslosigkeit überwinden hilft. Jürgen Selke-Witzel, der Kandidat der Grünen in Salzgitter hat es leider nicht für notwendig erachtet, überhaupt auf unsere Anfrage zu reagieren.

Hubertus Heil von der SPD teilt zwar die meisten unserer Positionen – nicht aber in allen Einzelheiten. Da er nur »Dinge« unterschreibe, ... »hinter denen ich zu hundert Prozent stehe«, kann er unseren Aufruf nicht unterschreiben. Auf insgesamt acht Seiten stellt er dann seine Positionen im Einzelnen dar. Dabei sind die Differenzen zu unseren Forderungen unter anderem daran

festzumachen, dass er nicht für die Abschaffung der Rente mit 67 eintritt, Hedgefonds und andere spekulative Finanzinstrumente nicht verbieten will, sondern diese strenger reguliert werden



sollen. Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister und SPD-Abgeordneter aus Salzgitter hat zwar den Aufruf auch nicht unterschrieben, aber seine Positionen gehen weiter als bei seinem Peiner Kollegen. Auch Sigmar Gabriel fordert ein Verbot von Finanzprodukten, die ein unvertretbar hohes Risiko beinhalten, und seine Forderungen zur Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung decken sich mit der gewerkschaftlichen Position. Bei der Rente mit 67 tritt er nicht für die Abschaffung ein. Sie kann jedoch nur Bestand haben, wenn für diejenigen, die heute schon nicht bis 65 durchhalten, ein Übergang ohne massive Einkommens- und Rentenverluste ermöglicht wird.

Von der CDU teilte uns das Büro von Jochen-Konrad Fromme mit, dass wir in irgendeiner

Form noch eine Antwort erhalten, die allerdings bis zum Redaktionsschluss nicht vorlag. Von Seiten des Büros von Ewa Klamt erhielten wir die Auskunft, dass sich Frau Klamt auf der Podiumsdiskussion des DGB dazu äußern werde.

Gegen IG Metall-Forderungen.

Nicht gerade überraschend, aber klar, waren die Antworten der FDP Kandidaten. Der Peiner Kandidat Holger Flöge teilt uns mit, dass er unseren Aufruf nicht unterstützen kann, da er Forderungen enthält, die aus seiner Sicht schädlich sind für unser Gemeinwesen. Thomas Keller von der FDP Salzgitter kann den Aufruf auch nicht unterstützen, da unsere Forderungen zwar verständlich aber nicht zielführend sind.

Leider kann man hier nicht die gesamten Antworten dokumentieren, allerdings wird schon klar in welche Richtung einzelne Kandidaten wollen, und so kann die eine oder andere Antwort für uns zielführend sein, wenn wir eine Entscheidung treffen wollen. Eine Entscheidung sollte für uns jedoch ganz klar sein: Wer nicht wählt, wählt verkehrt. Von dieser Wahl hängt für uns viel ab. Also:

Wählen gehen. ■

Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg: Gedenkveranstaltung zum Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren.

Mehr als 250 Teilnehmer nahmen auf dem Friedhof Jammertal an der Gedenkveranstaltung anlässlich des Überfalls Nazi-Deutschland auf Polen vor 70 Jahren teil. Zu den Anwesenden sprach der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber, der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter Frank Klingebiel sowie der Arbeitsdirektor der SZAG Peter-Jürgen Schneider.



IMPRESSUM

IG Metall Salzgitter-Peine
Chemnitzer Straße 33
38226 Salzgitter
Telefon 0 53 41 – 88 44-0
E-Mail:
salzgitter-peine@igmetall.de
www.igmetall-salzgitter-peine.de
Redaktion:
W. Räsche (verantwortlich),
C. Bremer, S. Schumann

IG METALL SPENDET 1000 EURO AN DEN BEHINDERTENVERBAND DESSAU E.V.

»Macht Politik für die Mehrheit der Menschen«



Sie freuen sich über die Spende: 1000 Euro für einen guten Zweck.

Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« die größte Beschäftigtenbefragung, die eine Gewerkschaft je organisiert hat, abgeschlossen. Mehr als 450 000 Menschen haben sich von April bis Juni bundesweit beteiligt. Aus der Zuständigkeit der IG Metall Verwaltungsstelle Dessau waren es knapp 1000 Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Umfrage beteiligten. »Die Menschen haben eine klare Vorstellung, was ihnen wichtig ist und was sich in Deutschland ändern muss«, sagte der Erste Bevollmächtigte der IG Metall, Manfred Pettche.

Die Ergebnisse sind inzwischen ausgewertet und liegen auch in unserer Verwaltungsstelle voll im Trend der bundesweiten Befragung.

Sie zeigen eindeutig: Selten war die Politik so weit von den Erwartungen der Menschen entfernt. »So wenig Zutrauen die Menschen in die Politik haben, so sehr vertrauen sie darauf, dass die IG Metall ihren Ängsten und Sorgen, aber auch ihren Anforderungen

an die Politik eine unüberhörbare Stimme verleiht. Sie fordern von der Politik nachhaltige Entscheidungen für die Mehrheit der Menschen. Die Befragten wollen sichere Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen, eine gerechte Gesellschaft, in der sich Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren lassen. Ebenso wichtig ist ihnen eine gute Zukunft für ihre Kinder und dass sie im Alter sorgenfrei leben können.«

Die Befragung sei kein Selbstzweck, betonte Pettche. Die IG Metall werde die Politiker mit den Ergebnissen konfrontieren und auffordern: »Macht Politik für die Mehrheit der Menschen. Wir fragen die Parteien, was ändert ihr nach der Bundestagswahl am 27. September?« Viel zu lang schon orientiere sich die Politik an den Interessen der Banken und der Wirtschaft. Die aktuelle Krise zeige deutlich, dass zugunsten der Gier einiger Weniger immer noch die Kerninteressen der Menschen geopfert würden. Dem stelle die IG Metall mit der Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« ein

neues Politikmodell entgegen. »Die zentralen Interessen der Menschen müssen wieder Grundlage für politische Entscheidungen werden«, sagte Pettche.

Wichtige Themen. Bei der Befragung standen die Themen Arbeit und Einkommen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Mitbestimmung, Mindestlohn und Leiharbeit im Vordergrund. »Die vielen Gespräche in den Betrieben, auf der Straße und bei Aktionen haben gezeigt: Wir haben die richtigen Fragen gestellt, wir sind nah dran an den Menschen und legitimiert, für sie zu sprechen«, sagte Pettche.

Die Ergebnisse der Befragung belegen, wie wichtig es den Menschen ist, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Die materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit (79 Prozent) und die Einführung von Mindestlöhnen (78 Prozent) stehen dabei im Vordergrund. Und für 72 Prozent der Befragten gehört dazu eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Zugleich ist für die

Menschen sichere und faire Arbeit von hoher Wichtigkeit. 89 Prozent der Befragten fordern einen sicheren Arbeitsplatz und ein Einkommen, von dem man gut leben kann (83 Prozent). Bei Leiharbeit fordern 77 Prozent gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Zukunft für Kinder. Zugleich hat Sicherheit im Alter einen hohen Stellenwert. 81 Prozent der Befragten erteilen der Rente mit 67 eine klare Absage. 73 Prozent fordern eine gerechte Rentenversicherung, in die auch Selbstständige und Beamte einzahlen sollen. Abgesichert sein, eine Zukunft planen können, das wollen 80 Prozent der Befragten. 77 Prozent fordern ausreichend Zeit für Familie und private Interessen, 62 Prozent vermissen eine Verbesserung der Kinderbetreuung. Und sie wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder: Dazu gehört für 74 Prozent die Pflicht der Unternehmen, ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. 71 Prozent fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen und 70 Prozent wollen eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Auch Umweltschutz ist ein Thema. Hier fordern 60 Prozent der Befragten deutliche Verbesserungen.

Wie versprochen hat die IG Metall für jeden ausgefüllten Fragebogen einen Euro gespendet.

So konnte die IG Metall Dessau 1000 Euro an den Behindertenverband Dessau e.V. übergeben. Allen, die sich an der Befragung beteiligt haben, ein herzliches Dankeschön. ■

IMPRESSUM

IG Metall Dessau, Grenzstraße 5, 06849 Dessau-Roßlau, Telefon 03 40-8 71 40, Fax 03 40-8 71 42 00, E-Mail: dessau@igmetall.de, Internet: www.dessau.igmetall.de, Redaktion: Manfred Pettche (verantwortlich), Silke Lottermoser

IG METALL FORDERT KONSEQUENZEN AUS VERSAGEN DER NEOLIBERALEN POLITIKKONZEPTE

Konferenz: Wege aus der Krise

Mit einer Betriebsrätekonferenz machte die IG Metall am 2. September im Büro- und Tagungs-Center Magdeburg in der Rogätzter Straße Politik und Öffentlichkeit auf ihre wichtigsten Forderungen aufmerksam. Schwerpunkt war die Suche nach betrieblichen und politischen Alternativen.

Am 2. September hat die IG Metall zur Betriebsrätekonferenz in Sachsen-Anhalt führende Politiker aus Sachsen-Anhalt eingeladen, um im Vorfeld der Bundestagswahl Wege aus der Krise zu debattieren. 100 Betriebsräte und IG Metalller diskutierten mit den Herren Daehre (CDU), Bullerjahn (SPD), Gallert (Die Linke), sowie Frau Pieper (FDP) und Frau Kurth (Bündnis 90/Die Grünen).

Am Vormittag wurde über die Hilfen und Instrumente von staatlicher Seite informiert und diskutiert. Dabei standen die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt und der weiterhin bestehende Fachkräftemangel im Fokus. Als kompetente Gesprächspartner hatte die IG Metall unter anderem Manfred Maas, Sprecher der Geschäftsleitung Investitionsbank der Sachsen-Anhalt und Dr. Ulrich Cramer, Abteilungsleiter im

Wirtschaftsministerium eingeladen.

Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, machte deutlich, dass auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer die gigantische Deindustrialisierung nach der Wiedervereinigung für viele Menschen immer noch spürbar sei. Insbesondere die hohe Zahl der Erwerbslosen in Ostdeutschland sei Ausdruck einer verfehlten Industriepolitik nach dem Mauerfall.

Massive Kritik. »Die Krise hat in Sachsen-Anhalt weit weniger Auswirkungen als beispielsweise in Süddeutschland. Die Auftragsrückgänge sind geringer und insofern auch die angezeigte Kurzarbeit«, analysierte Hartmut Meine die Situation. Die geringere Krisenanfälligkeit der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen-Anhalt führte er auf die niedrigere Exportquote zurück. »Das bestätigen uns auch die Betriebsräte in den mitbestimmten Unternehmen«, sagte Meine. Der Bezirksleiter hob die besondere wirt-

schaftliche Bedeutung der Wind- und Solarbranche für Ostdeutschland hervor. Massive Kritik übte Meine an der mitbestimmungsfeindlichen Haltung der Arbeitgeber und forderte ein Umdenken. Er bezeichnete die Branche als »staatlich geförderte gewerkschaftsfreie und tariflose Zone« und forderte die Politik auf, einen Branchenrat »Regenerative Energie« unter Beteiligung der IG Metall einzurichten.

Hartmut Meine thematisierte zudem die paradoxe Situation auf dem Arbeitsmarkt: Trotz hoher Arbeitslosigkeit bestünde bereits jetzt in einigen Regionen ein Fachkräftemangel, weil viele gut ausgebildete Fachkräfte auf Grund der deutlich besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in die westlichen Bundesländer abwandern. ■



Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt



Die Teilnehmer der Betriebsrätekonferenz am 2. September in Magdeburg

Studenten aufgepasst

Das Hochschulinformationsbüro, kurz HIB, was ist das eigentlich? Das HIB Magdeburg, ansässig im Medientreff »Zone« gegenüber der Straßenbahnhaltestelle »Universität«, ist eine Einrichtung des DGB, die dir eine arbeitsrechtliche Anfangsberatung bietet. Auch zu den Themen Studienfinanzierung, (Langzeit-) Studiengebühren und Praktikum findest du hier nützliche Infos und Beratung. Am Mittwoch, 28. Oktober 2009, um 19 Uhr gibt es an der Uni Magdeburg die HIB-Informationsveranstaltung der IG Metall »Was Praktikanten wissen sollten«. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Weitere Infos unter ► www.hib-magdeburg.de

ALLES GUTE

Wir gratulieren zum Geburtstag im Oktober

93 Jahre Ursula Busse

90 Jahre Walter Zander, Herta Schopf

89 Jahre Olga Grünwald, Kurt Schimpitz, Erwin Schroeter, Fritz Liebefinke

87 Jahre Irmgard Gürke

86 Jahre Marianne von der Heyde

85 Jahre Walter Niemann, Bruno Fischer, Willi Swietek, Rudi Hochbaum, Walter Ragotzky

80 Jahre Horst Humke, Günter Silbernagel, Richard Worschech, Anna Piethe, Hans-Günter Schnelle

75 Jahre Aribert Sagebaum, Bodo Wirthwein, Karl Giese, Hubert Medilek, Kurt Richter, Werner Rengers, Regina Oswald, Hans-Hermann Harth, Lothar Goerke, Horst Schwertfeger, Ernst Strachau, Gerhard Hensel, Heinz Scholz, Harald Huth, Klaus Weidemann, Inge Clausen

70 Jahre Helmut Ganzer, Franz Backert, Helmut Dzinbek, Wolfgang Vogel, Inge Schulze, Helga Paetz, Heinz Paul, Hannelore Werner, Margot Dalüge, Günter Schmandt, Gerd Lohse, Dieter Franke, Helmut Daniel, Martin Rudel, Burkhard Hübner, Kurt Hildebrand, Erich Nagel, Horst Beeskow, Gerda Siewert, Hans-Joachim Knoche, Siegfried Gepert, Horst Fahrland, Manfred Frunzke, Wolfgang Krull, Kurt Hauser, Dieter Groebe, Fritz Milz, Klaus-Peter Sobotta, Burkhard Buhe, Willibald Rothe, Günter Hädermann, Horst Richter, Irene Scheid, Reinhold Prinzler, Wolfgang Gorges, Helmut Münch, Heidi Donig, Irmgard urghausen,

TERMINE

- **Senioren-Arbeitskreis**
nächstes Treffen am 8. Oktober
- **Arbeitslosenbetreuung, speziell ALG II-Beratung**
jeden Dienstag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr
- **IG Metall-Jugend:**
8. Oktober: OJA Magdeburg
14. Oktober: OJA Aschersleben
16. bis 18. Oktober:
OJA-Planungswochenende

IMPRESSUM

IG Metall Magdeburg-Schönebeck, Ernst-Reuter-Allee 39 (City-Carré), 39104 Magdeburg, Telefon 03 91 - 5 32 93-0, Fax 03 91 - 5 32 93-40, E-Mail: magdeburg-schoenebeck@igmetall.de, Internet: www.magdeburg.igmetall.de
Redaktion: Detlev Kiel (verantwortlich)